

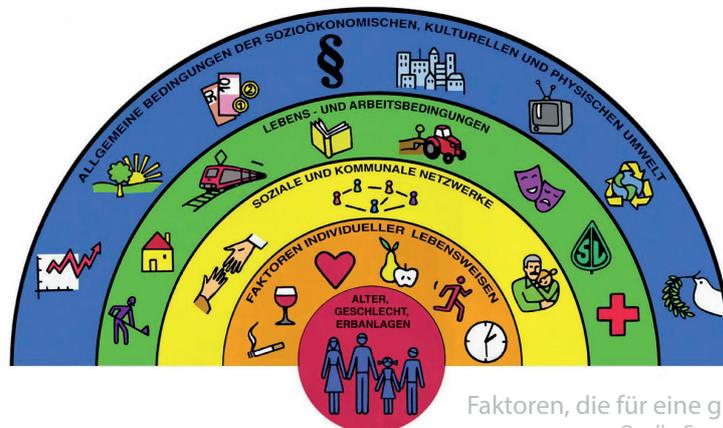
Initiative

„Übernahme öffentlicher Verantwortung für gesundheitsfördernde Lebenswelten – ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“

Forderung

Wir fordern eine gemeinsame Verantwortungsübernahme von Bund, Ländern und Kommunen für gesundheitsfördernde Lebenswelten. Diese soll

- den Aufbau integrierender Infrastrukturen für eine partizipative kommunale Gesundheitsförderung und als Basis dafür
- die Bildung eines unterstützenden öffentlichen „ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“ umfassen.



Faktoren, die für eine gute Gesundheit wichtig sind
Quelle: Fonds Gesundes Österreich, www.fgoe.org

Der „ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“

- soll die Realisierung von integrierenden Programmen kommunaler Gesundheitsförderung sowie den Aufbau einer kooperativen kommunalen Infrastruktur für eine nachhaltige und inklusive gesundheitliche Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden fördern.
- soll in diesem Zusammenhang in einer gegliederten Struktur öffentlicher Stiftungen vor allem auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Entwicklung gesundheitsfördernder Lebenswelten fördern und unterstützen.
- dient der Verbesserung der gesundheitlichen Lebensqualität und der Reduzierung der „Zivilisationskrankheiten“, heute ursächlich für 9 von 10 Todesfällen, durch primärpräventive, gesundheitsfördernde Aktivitäten in den kommunalen Lebenswelten.

Der „ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“

- kann gebildet werden durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt entsprechend der Einnahmen aus der Tabak- und Alkoholsteuer sowie Abgaben auf gesundheitsschädigende und ökologisch belastende Waren und Produkte.
- kann gebildet werden durch eine gesetzlich verbindliche Zuwendung von 10 Prozent des Wertes von Erbschaften für die Unterstützung gemeinnütziger Aktivitäten in den Städten und Gemeinden zur Verbesserung der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Lebensqualität auch für die nächsten Generationen.

Der „ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“

kann aufgebaut und realisiert werden auf der Grundlage dezentraler, kommunaler Stiftungen zur Gesundheitsförderung, im Rahmen einer entsprechenden gesetzlichen Vereinbarung, treuhänderisch durch den Bundesverband Deutscher Stiftungen und die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung.

Begründung

Die Regelungen des Präventionsgesetzes vom Juli 2015 für die Sozialversicherungen sind kein Ersatz für die übergeordnete politische Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, dem zunehmenden Auseinanderklaffen der gesundheitlichen Lebenschancen im öffentlichen Verantwortungsbereich der Kommunen entschlossen, wirkungsvoll und zeitnah zu begegnen.

Der politische Umgang mit der gegenwärtigen Flüchtlingskrise und Migrationswelle offenbart, wie wenig die sektoralisierten Bürokratien von Bund, Ländern und Kommunen gegenwärtig auf eine gemeinsame Übernahme konkreter öffentlicher Verantwortung für die Entwicklung von sozial inklusiven, gesundheitsfördernden Lebenswelten in den Städten und Gemeinden vorbereitet sind.

Dies kann und muss sich durch eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen sowie in Kooperation mit verantwortungsvollen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ändern – auch im Interesse eines struktur- und wertgebenden Vorbildverhaltens.

Erfahrungen des internationalen „Gesunde Städte“-Netzwerkes der WHO und mit dem Programm „Soziale Stadt“ haben die Bedeutung von integrierten kommunalen Handlungs-Programmen sowie von integrierenden Handlungs-Kapazitäten und -Kompetenzen für sektorübergreifende öffentliche Verantwortungen auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen belegt.

Neben der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ebenen und Sektoren politischer Verantwortung hat der Aufbau von unterstützenden Programmen und Infrastrukturen für kooperative Verantwortungen und zivilgesellschaftliches Engagement für eine wirkungsvolle und dauerhafte Verbesserung der gesundheitlichen Lebensqualität in den Kommunen eine tragende Funktion.



Handlungsempfehlungen des Kooperationsverbundes „Gesundheitliche Chancengleichheit“

Quelle: „Aktiv werden für Gesundheit – Arbeitshilfen für Prävention und Gesundheitsförderung im Quartier“, Heft 1, S. 2, Herausgeber Gesundheit Berlin-Brandenburg

Eine wirksame Präventions- und Gesundheitsförderungspolitik muss im Alltag der Menschen, d. h. im Arbeitsleben und in den Strukturen des Alltagslebens (Familien, Nachbarschaften, Dorfgemeinschaften, Quartiere, Stadtteile; den sogenannten Settings) unter dem Blickwinkel integrierender, sozialer und ökologischer Stadt- und Dorfentwicklung ansetzen. Entsprechende politische Leitziele wurden in der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der WHO bereits im Jahr 1986 veröffentlicht und im aktuellen Rahmen-Programm „Gesundheit 2020“ der WHO erneut bekräftigt.

Deren Umsetzung ist eine genuin öffentliche Verantwortung in allen relevanten Lebensbereichen, um eine nachhaltige und sozial inklusive Lebensqualität für alle BürgerInnen zu ermöglichen.

Gesundheitsbelastungen sind z. B.

- chemische, physikalische und biologische Belastungen
- belastender Stress
- körperliche und seelische Überlastungen
- geringe Verhaltensspielräume
- schlechte Ernährung
- Rauchen
- Bewegungsmangel
- soziale Isolation

Gesundheitliche Ressourcen sind z. B.

- Selbstbewusstsein
- Kompetenzen
- Information
- Bildung
- Handlungswissen
- Einkommen
- angemessene Partizipation
- Verhaltensspielräume
- Unterstützung durch soziale Netze
- Erholung

Gesundheitsbelastungen und gesundheitliche Ressourcen im Überblick

Quelle: „Aktiv werden für Gesundheit – Arbeitshilfen für Prävention und Gesundheitsförderung im Quartier“, Heft 1, S. 4, Herausgeber Gesundheit Berlin-Brandenburg

Um diese entsprechend den Zielen einer gesundheitsfördernden Entwicklung in den alltäglichen Lebenswelten im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zu realisieren, ist eine korrespondierende Neustrukturierung der öffentlichen Verantwortungen auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig.

Hierfür muss ein entsprechendes Bundes-Rahmengesetz in Abstimmung mit den Ländern und Kommunen zielführend verabschiedet werden.

Dieses Gesetzesvorhaben soll mit einer investiven Gemeinschafts-Initiative von Bund, Ländern und Kommunen zum Aufbau von kommunalen Infrastrukturen für zivilgesellschaftliche Beteiligungsprozesse im Bereich der kommunalen Gesundheitsförderung und der sozialkulturellen Kommunalentwicklung verbunden werden.

Ermöglicht und dauerhaft gestützt werden soll dies durch den Aufbau eines eigenständigen „Zukunftsfonds Gesundheitsförderung“, durch den, vor allem auf der Ebene der Kommunen, Infrastrukturen und Programmentwicklungen für eine wirkungsvolle gemeindebezogene Gesundheitsförderung und nachhaltige Daseinsvorsorge finanziert werden können.

Nach dem Prinzip einer Öko-Steuer sollen für den Aufbau dieses gemeinnützigen Fonds Abgaben auf gesundheitsschädliche Waren und Produkte (in erster Linie Tabak und Alkohol, aber auch konzentrierte Zuckerprodukte u. ä.) verwendet werden.

Mit diesen Mitteln sollen verhältnisbezogene Maßnahmen in den Städten und Gemeinden zur

- sozialen Inklusion
- Reduzierung von „Zivilisationskrankheiten“
- Suchtprävention und
- partizipativen Entwicklung gesundheitsfördernder Lebenswelten

finanziert werden, die zu einer Angleichung der gesundheitlichen Lebenschancen im Rahmen einer nachhaltigen kommunalen Daseinsvorsorge beitragen können.

Das Engagement und die Erfahrungen des Kooperationsverbundes „Gesundheitliche Chancengleichheit“ bilden dafür eine Grundlage, auf der weiterführende Aktivitäten aufbauen können.

Der Aufbau eines unabhängigen „Zukunftsfonds Gesundheitsförderung“, der in seiner Form dezentrale kommunale Stiftungen bei der Entwicklung gesundheitsfördernder Lebenswelten sowie einer nachhaltigen und inklusiven gesundheitlichen Daseinsvorsorge unterstützt, kann eine verantwortungsbewusste zivilgesellschaftliche Beteiligung substantiell fördern.

Diese Zielsetzung soll daher auch durch eine zivilgesellschaftliche Erweiterung der Fonds-Finanzierung untermauert werden.

- Durch eine verbindliche gesetzliche Erbschafts-Regelung (in Italien erprobt), die Vermögende dazu veranlasst, 10 Prozent ihrer Erbmasse an gemeinnützige kommunale Organisationen zu übertragen und durch weitere freie Zuwendungen kann der „Zukunftsfonds Gesundheitsförderung“ zu einem Motor zivilgesellschaftlicher Beteiligung der Gesundheitsförderung in den Kommunen werden und die Entwicklung einer nachhaltigen, gesundheitsfördernden Lebensqualität und Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden in Deutschland befördern und stabilisieren.

Umsetzung

Mehrere konvergierende Anlässe stützen die aktuelle Initiative:

- Die Entwicklung einer „nationalen Präventions-Strategie“, wie sie durch das Präventionsgesetz in diesem Jahr für Deutschland initiiert wurde,
- internationale Initiativen der WHO, UN und EU zur Reduzierung der „Zivilisationskrankheiten (NCD's)“ auch und gerade in den europäischen Industriestaaten durch eine aktive Gesundheitsförderungs-Politik sowie
- die zu lösenden sozialen Integrations-Probleme der gegenwärtigen Flüchtlings- und Migrantenwelle in den Kommunen

sind aktuell drängende politische Anlässe für gesetzgeberische Initiativen, um die öffentliche und gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für eine nachhaltige, gesundheitsfördernde Daseinsvorsorge auf eine funktional stabile und langfristig tragfähige Grundlage zu stellen.

Ein zentrales Element darin ist der Aufbau und die dauerhafte Sicherung von kompetenten und wirkungsvollen Infrastrukturen und Programmen in den Kommunen für die Unterstützung eines verantwortungsvollen zivilgesellschaftlichen Engagements.

Mit der Initiative „Übernahme öffentlicher Verantwortung für gesundheitsfördernde Lebenswelten – ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“ wollen wir über die skizzierten Ziele informieren und um öffentliche Unterstützung werben.

Insbesondere für die Realisierung des „ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“, dessen Konzept bereits vor 15 Jahren intensiv diskutiert wurde, ist eine breite öffentliche und politische Unterstützung notwendig.

Um diese zu erreichen, suchen wir eine aktive Beteiligung und unterstützende Mitwirkung in allen Organisationen, die sich auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen mit ihren Mitgliedern dafür einsetzen wollen, dass die öffentliche Verantwortung für eine nachhaltige Daseinsvorsorge in den Kommunen und die Entwicklung gesundheitsfördernder, sozial inklusiver Lebenswelten in den Städten und Gemeinden endlich eine verlässliche und wirkungsvolle Infrastruktur und eine politisch bindende programmatische Unterstützung erhält.

Die kommenden zwei Jahre bieten Gelegenheiten, diese Zielsetzung auf der Ebene von Bund und Ländern sowie in den Kommunen bei den Diskussionen zu politischen Vorhaben der Parteien vor und nach Wahlen zu einem drängenden Thema mit großer öffentlicher Resonanz zu machen.

Diese Gelegenheit wollen wir nutzen und bitten dafür um unterstützende Verbreitung der Ziele dieser Initiative.

Als Ansprechpartner für die Initiative dient zunächst die GesundheitsAkademie (www.gesundheits.de), die Interessensbekundungen und Beteiligungsangebote über die nachstehend aufgeführte Kontaktadresse sammelt.

Geplant ist für das Frühjahr 2016 eine Tagung in Berlin zur weiteren Ausgestaltung der Initiative, die eine breite Unterstützung für die Realisierung des „ZukunftsFonds Gesundheitsförderung“ und der damit intendierten Strukturbildungen für eine nachhaltige gesundheitliche Daseinsvorsorge sichtbar machen soll.

Berlin, November 2015

Prof. Dr. Eberhard Göpel
GesundheitsAkademie, Kooperationsverbund Hochschulen für Gesundheit
E-Mail: eberhard.goepel@hochges.de



Kontakt

Ramona Ritter
2R.PR. Büro für Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: ramona.ritter@2rpr.de
Telefon: 030 / 20 68 77 17

weitere Informationen

www.gesunde-staedte-netzwerk.de
www.gesundheitliche-chancengleichheit.de